

KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 39, 11. Juli 2011

Karin Roth: „Präimplantationsdiagnostik in Ausnahmen zugelassen.“

Gesetzentwurf zur Zulassung von Präimplantationsdiagnostik (PID) in begrenzten Ausnahmen heute vom Bundestag beschlossen.

Der Deutsche Bundestag hat heute in 2. und 3. Lesung über drei vorgelegte Gesetzentwürfe zur Neuregelung der PID beraten.

Karin Roth: „Ich habe nach reiflicher Überlegung gemeinsam mit Parlamentariern aller Fraktionen einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine PID nach verpflichtender Aufklärung und Beratung in zwei Ausnahmefällen zulässt. Dieser Gesetzentwurf wurde heute mehrheitlich vom Parlament beschlossen.“

Das Gesetz formuliert klare Voraussetzungen zur Anwendung der PID. Grundsätzlich wird die PID verboten. Davon kann lediglich in zwei Ausnahmefällen abgewichen werden. Nach verpflichtender Aufklärung und Beratung sowie dem positiven Votum einer Ethikkommission soll die PID dann zulässig sein, wenn ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist.

Karin Roth: „Der Gesetzentwurf bedeutet für mich eine Entscheidung FÜR Kinder genetisch belasteter Eltern. Ein striktes Verbot der PID löst meiner Ansicht nach keine der Fragen, die in der Realität für die betroffenen Familien bestehen. Viele Betroffene haben eine unvorstellbare Leidensgeschichte hinter sich und wollen trotz allem Kinder haben. Oft haben diese Paare bereits schwer kranke Kinder und wollen weitere Kinder - ohne Leid. Wir sollten das respektieren. Ich bin der Meinung, dass der Gesetzgeber die Pflicht hat, Paaren eine frühe Auflösung innerer Konflikte zu ermöglichen und nicht einen Schwangerschaftsabbruch als Lösung vorzusehen.“

Bereits seit vielen Monaten diskutieren alle Bundestagsabgeordneten in verschiedenen Gremien über die Neuregelung der PID. Diese wurde notwendig nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom Juli 2010. Das Gericht hatte entschieden, dass die PID nach dem 1991 in Kraft getretenen Embryonenschutzgesetz nicht verboten ist. Die PID ist ein Verfahren, bei dem im Reagenzglas erzeugte Embryonen vor der Einpflanzung in den Mutterleib auf etwaige Krankheiten untersucht und eventuell verworfen werden.

Der Debatte lagen drei Gruppenanträge zugrunde, die von einem strikten Verbot bis zu einer eingeschränkten Zulassung der Methode reichen.

Die ausführliche Stellungnahme von Karin Roth finden Sie im Anhang.



Liebe Leserin, lieber Leser,

ein ereignisreiches erstes Halbjahr 2011 haben wir hinter uns und auch der Herbst wird spannend: Im Oktober wird beispielsweise der Gipfel für Welt-Gesundheit statt finden, auf dem Themen wie die Stärkung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern und die Forschung an vernachlässigten Krankheiten die entscheidende Rolle spielen. In „Bundestag aktuell“ werde ich Sie darüber wie gewohnt auf dem Laufenden halten.

**Bis dahin wünsche ich Ihnen einen sonnigen Sommer,
erholsame Tage und gan(s)z viel Glück!
Ihre Karin Roth**

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de



Karin Roth: „Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage spaltet den Arbeitsmarkt“

Beschäftigungsträger aus Esslingen und Göppingen auf Einladung von Karin Roth zu großer Arbeitsmarktkonferenz in Berlin

Zunehmender Fachkräftebedarf einerseits, Langzeitarbeitslose ohne Perspektive andererseits – beides Herausforderungen, auf die Politik Antworten finden muss. Anlässlich der Arbeitsmarktkonferenz am Mittwoch in Berlin sagte Karin Roth: „Wir dürfen die langzeitarbeitslosen Menschen, die am Rand stehen, nicht ausschließen. Unsere Strategie der Vollbeschäftigung schließt alle mit ein. Deshalb spaltet die Arbeitsmarktpolitik von Schwarz-Gelb den Arbeitsmarkt. Sie nimmt Menschen die Chance, sie zu Fachkräften zu qualifizieren und sie verbaut Langzeitarbeitslosen das Recht auf Beschäftigung.“

Hintergrund ist, dass die Bundesarbeitsministerin massive Mittelkürzungen für Programme zur Qualifizierung plant, statt den Aufschwung zu nutzen und Zukunftsfragen zu stellen. Insgesamt kürzt sie 19 Milliarden Euro bis 2015, das sind 3,1 Milliarden Euro alleine für Baden-Württemberg.

Wie sich diese Pläne von Schwarz-Gelb in Esslingen, Göppingen und ganz Deutschland auswirken, haben Hans-Ulrich Rabeneick, Geschäftsführer der Esslinger Beschäftigungsinitiative EBI und Karin Woyta, Geschäftsführerin der Staufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung in Göppingen am Mittwoch auf Einladung von Karin Roth in Berlin diskutiert. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte beide zu ihrer großen Arbeitsmarktkonferenz nach Berlin eingeladen.

„Wir fördern Langzeitarbeitslose und bringen sie in Arbeit. Doch die Gesetzesänderungen und die Kürzungen der Gelder entziehen unserem Engagement den Boden. Wird das Gesetz umgesetzt, wissen wir nicht, wie wir Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft stehen, tragfähige Perspektiven bieten können. Langzeitarbeitslose brauchen eine Lobby“, sind sich Hans-Ulrich Rabeneick und Karin Woyta einig. Über 200 Arbeitsmarktexperten von Beschäftigungsgesellschaften und Weiterbildungsträgern, darunter rund 20 aus Baden-Württemberg, haben auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion einen Tag lang die Auswirkungen der Kürzungspolitik von Schwarz-Gelb diskutiert. Auf dem Programm standen Gespräche mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Frank-Walter Steinmeier und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil.



Desiree Solte Praktikantin bei Karin Roth—Lesen Sie hier ihren Bericht

Mein erster Praktikumstag bei Karin Roth begann mit einer zweistündigen Bürobekämpfung, in der ungefähr 50 verschiedene Themen zur Sprache gebracht und dem entsprechend viele Aufgaben in rasantem Tempo an die drei wissenschaftlichen Mitarbeiter verteilt wurden. Dieses erste Erlebnis im Büro einer Bundestagsabgeordneten warf schon einmal meine ursprüngliche Vorstellung dieser Tätigkeit, nämlich dass jede/r Abgeordnete ihr/sein klar begrenztes und überschaubares Aufgabenfeld hat, vollständig über den Haufen. Während meines Praktikums, das glücklicherweise in

den ereignisreichen letzten zwei Sitzungswochen vor der Sommerpause war, durfte ich einigen Arbeitsgruppen, Ausschüssen, Besprechungen, Sitzungen und weiteren Veranstaltungen beiwohnen, in denen Themen wie Kinderarbeit, Menschenrechte, Gleichberechtigung über globale Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Agrar- und Entwicklungspolitik und einiges mehr zur Sprache gebracht wurden. Ich habe in diesen zwei Wochen viele weitere interessante und detaillierte Informationen über Entwicklungszusammenarbeit sammeln können, dank so gut wie lückenlos gefülltem Terminkalender, und habe einen ganz nahen Einblick in die Aufgaben, Funktionsweisen, Herausforderungen und Möglichkeiten der Politik und in die Arbeit des Bundestages nehmen können. Für diese Erfahrung bin ich sehr dankbar, da sie mich noch um ein vielfaches mehr in meinem Wunsch bestärkt hat, etwas für die Verbesserung dieser Welt, für die Menschen dieser Welt zu tun und mir gezeigt hat, was es für Möglichkeiten dazu gibt und mit welcher Energie viele Menschen ebenfalls für dieses Ziel kämpfen.

Es waren wunderbare zwei Wochen, die viel zu schnell vorbei waren und ich danke Karin Roth für diese Zeit, ihrem Team fürs viele Fragen beantworten und für den selbst gezeichneten Plan durchs Labyrinth der Bundestagsgebäude.